

Die allgemeinen Hinweise sind vor Antragstellung sorgfältig zu lesen

Allgemeine Hinweise zum Programm Ausbildungsplatzförderung für Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf (für Ihre Unterlagen)

Anträge auf die Gewährung eines Zuschusses sind schriftlich zu stellen und müssen vor Ausbildungsbeginn, spätestens am Tag vor dem Beginn der Ausbildung, beim Regierungspräsidium in Kassel eingegangen sein (maßgeblich ist das Datum des Eingangs beim Regierungspräsidium Kassel; die Anträge können per Fax oder E-Mail gestellt werden).

Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Die erforderlichen Nachweise

- Nachweis zum Schulabschluss (Abschlusszeugnis oder Abgangszeugnis einer deutschen Regelschule bzw. Nachweis des im Ausland erreichten Schulabschlusses) sowie
- eine Kopie des registrierten Ausbildungsvertrages für das zu fördernde Ausbildungsverhältnis bei Ihnen

können nachgereicht werden.

Auf den Zuschuss besteht **kein Rechtsanspruch**, er wird nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt.

Der Zuschuss wird in der Regel nach Ablauf des Förderzeitraums und entsprechender Vorlage der erforderlichen Abrechnungen von Ausbildungsvergütung ausgezahlt.

Auf Antrag kann die Auszahlung eines Teilbetrags nach 3 Monaten (nach Vorlage der entsprechenden Abrechnungen) erfolgen, sofern entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Weitere Fördervoraussetzungen für Anträge nach Ziffer 1.2 (Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf):

Der/die Auszubildende

- hat in Deutschland keine Regelschule besucht oder hat keinen deutschen Schulabschluss erreicht oder
hat eine deutsche Regelschule besucht bzw. den Schulabschluss in Deutschland absolviert und in der Sekundarstufe I als **Deutschnote die Note 4 oder schlechter** erhalten
Die Sekundarstufe 1 umfasst:
 - Hauptschule
 - Realschule
 - Verbundene Haupt- und Realschule HRS
 - Gesamtschule bis einschließlich Jahrgangsstufe 10
 - Gymnasium bis einschließlich Jahrgangsstufe 9 (G8)
 - Gymnasium bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 (G9)
 - Sonderschule (Förderschule)
- hat bei Beginn der Ausbildung das **27. Lebensjahr noch nicht vollendet**,
- ist bei Ausbildungsbeginn mit **Hauptwohnsitz in Hessen** gemeldet,
- hat noch **keine abgeschlossene Berufsausbildung** nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO),
- ist **nicht** mit dem/der Inhaber/in bzw. einem der Gesellschafter/innen **verheiratet oder 1. oder 2. Grades verwandt** (z. B. Kinder, Enkel, Geschwister).
- das Ausbildungsverhältnis beginnt im laufenden Kalenderjahr.

Sofern für das Ausbildungsverhältnis andere öffentliche Fördermittel gewährt werden, ermäßigt sich der nach diesem Programm zu gewährende Zuschuss entsprechend.

Ausfertigungen der **Förderrichtlinie** bzw. weitere **Auskünfte** erhalten Sie vom Regierungspräsidium in Kassel, Dezernat 57/Ausbildungsförderung oder unter www.rp-kassel.hessen.de **über Menü / Soziales / Ausbildungs- und Arbeitsmarktförderung / Qualifizierungsoffensive.**

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ihr Ansprechpartner sind:

**für Antragsteller im
Regierungsbezirk Darmstadt**

Frau Jung

Tel.: 0561 - 106 4089

Fax: 0611 - 32764 1662

**für Antragsteller im
Regierungsbezirk Gießen**

Frau Thiel

Tel.: 0561 - 106 4166

Fax: 0611 - 32764 1662

**für Antragsteller im
Regierungsbezirk Kassel**

Herr Rezler

Tel.: 0561 - 106 2542

Fax: 0611 - 32764 1662

E-Mail: Ausbildungszuschuss@rpks.hessen.de

Absender

Achtung: Antragsschluss

Der Antrag muss spätestens

am Tag vor dem Ausbildungsbeginn

beim Regierungspräsidium Kassel eingegangen sein

(Datum des Eingangs beim Regierungspräsidium Kassel)

Zur Fristwahrung kann der Antrag per E-Mail oder Fax eingereicht werden.

An das
Regierungspräsidium Kassel
Dez. 57 / Ausbildungsplatzförderung
Am Alten Stadtschloss 1
34117 Kassel

Hinweis:

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt ca. 4 Wochen. Sollten Sie in diesem Zeitraum keine Nachricht erhalten haben, melden Sie sich bitte spätestens am Tag vor dem Ausbildungsbeginn, um sicher zu stellen, dass Ihr Antrag tatsächlich hier eingegangen ist!

Antrag auf Gewährung von Zuschüssen für Ausbildungsplätze mit hessischen Auszubildenden aus Mitteln des Landes Hessen gemäß der Richtlinie des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Energie und Wohnen zur Förderung beruflicher Bildung (Förderrichtlinie Berufliche Bildung) vom 21.05.2023 (Staatsanzeiger Nr. 24/2023, S. 766 ff)

für ein Ausbildungsverhältnis mit

einem hessischen/einer hessischen

Jugendlichen mit erhöhtem Sprachförderbedarf

(gemäß 1.2 der Richtlinie)

Hiermit beantrage/n ich/wir einen Ausbildungskostenzuschuss nach der vorgenannten Richtlinie, die ich/wir zur Kenntnis genommen habe/n.

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der nachfolgenden Angaben.

Die sich aus der Förderrichtlinie ergebenden Bewilligungsbedingungen sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (Anlage 2 zu den Vorläufigen Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung) werden anerkannt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind.

Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes in der Fassung vom 25.09.1990 (BGBl. I S. 2106) in Verbindung mit dem Hessischen Subventionsgesetz vom 18.05.1977 (GVBl. I S. 199) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind.

Mir/Uns sind die nach § 3 Subventionsgesetz bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werde/n ich/wir jede Abweichung von den hier genannten Angaben unverzüglich dem Regierungspräsidium Kassel mitteilen.

Ich erkläre gemäß Artikel 1 Ziffer 4. der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU - Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) - (Amtsblatt der EU Nr. L 187 vom 26. Juni 2014, S. 1),

- dass keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem
- Binnenmarkt vorliegt
- und
- dass sich mein Unternehmen nicht in Schwierigkeiten im Sinne von Artikel 2 Ziffer 18 AGVO befindet.

Hinweis: Andernfalls ist eine Förderung ausgeschlossen.

Datenschutzbestimmungen aufgrund des Inkrafttretens der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) – Information nach Art. 13 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679

In diesem Antrag werden persönliche Daten der/des Auszubildenden mitgeteilt. In diesem Zusammenhang mache ich Sie darauf aufmerksam, dass Sie im Rahmen der Datenschutzverordnung verpflichtet sind, die Auszubildende/den Auszubildenden bzw. bei Minderjährigen deren/dessen Erziehungsberechtigte/n auf die Erhebung und Weiterleitung dieser Daten hinzuweisen. Ein gesondertes Schreiben erhalten Sie dann mit der Eingangsbestätigung.

Angaben zum Betrieb

Name und Anschrift des Betriebs
Firmeninhaber/Geschäftsführer
Ansprechpartner
Telefonnummer/Faxnummer
E-Mail
Landkreis oder kreisfreie Stadt (nicht Bundesland)

Bankverbindung:	
Bank:	Kontoinhaber:
BIC:	IBAN:

Mir/uns ist bekannt, dass die nachfolgend genannten Unterlagen vorgelegt werden müssen und Bestandteil des Antrags sind und dass dieser Antrag nur vollständig gültig ist:

Kopie des registrierten Ausbildungsvertrags	liegt bei <input type="checkbox"/>	wird nachgereicht <input type="checkbox"/>
--	------------------------------------	--

Unterlagen zum Schulabschluss:

bei einem Regelschulbesuch /Schulabschluss in Deutschland	Abschlusszeugnis / Abgangszeugnis
	liegt bei <input type="checkbox"/>
	wird nachgereicht <input type="checkbox"/>
ein ausländischer Schulabschluss wurde erreicht in	Abschlusszeugnis / Abgangszeugnis
<small>(bitte das entsprechende Land und den erreichten Schulabschluss angeben)</small>	liegt bei <input type="checkbox"/>
	wird nachgereicht <input type="checkbox"/>
Zeugnisse/Nachweise zum Schulabschluss können nicht vorgelegt werden	
<small>bitte erläutern Sie den Sachverhalt und fügen Sie einen kurzen Lebenslauf des Auszubildenden bei</small>	<input type="checkbox"/>

Die Anlagen können nachgereicht werden. Eine Antragstellung ist fristwährend auch ohne diese möglich. Eine Bewilligung kann jedoch nur auf der Grundlage vollständiger Unterlagen erfolgen.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit obiger Angaben, insbesondere bezüglich der Bankverbindung, werden hiermit bestätigt.

X _____
 Ort, Datum und Unterschrift/en des/der Antragsteller/s, Firmenstempel

Angaben zum Ausbildungsverhältnis

Nachname des/der Auszubildenden		Vorname des/der Auszubildenden		
Geburtsdatum:	Staatsangehörigkeit:	weiblich	männlich <input type="checkbox"/>	divers <input type="checkbox"/>
Wohnort				
Landkreis		Bundesland		
Ausbildungsberuf				
Die/der Auszubildende hat				
- noch keine abgeschlossene Berufsausbildung nach BBiG oder HWO. <input type="checkbox"/>				
- hat bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung als : _____				

		von	bis	Anzahl der Monate	Vergütung in € (monatlich)
Ausbildung beim Antragsteller	1. Ausbildungsjahr				
	2. Ausbildungsjahr				
	3. Ausbildungsjahr				
Ausbildungsvertrag kann nachgereicht werden	4. Ausbildungsjahr				

Hat der Auszubildende/die Auszubildende vorher am Förderprogramm „Wirtschaft integriert“ teilgenommen?	nein	ja	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Wurden für das Ausbildungsverhältnis auch andere öffentliche Mittel beantragt / bewilligt? (z.B. Programme der Agentur für Arbeit oder der Kommune) Bitte Kopie des Bescheids/Antrags beifügen!	nein	ja	Folgende/s Programm/e wurden beantragt / bewilligt:
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Ist der/die Auszubildende mit einem der InhaberInnen/GesellschafterInnen verheiratet oder 1. oder 2. Grades (Geschwister, Kinder, Enkel) verwandt?	nein	ja	Art des Verwandtschaftsverhältnisses:
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Hiermit verpflichte ich mich / verpflichten wir uns persönlich zur teilweisen oder vollen Rückzahlung des bewilligten Zuschusses (einschl. Zinsen), wenn eine Rückforderung und /oder Verzinsung des Zuschusses erforderlich wird. Außerdem verpflichte ich mich / verpflichten wir uns, die Auszubildende/den Auszubildenden bzw. bei Minderjährigen deren/dessen Erziehungsberechtigte/n auf die Erhebung und Weiterleitung der personenbezogenen Daten im Rahmen der Datenschutzverordnung hinzuweisen.

Ich versichere/wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und erkläre/n mich/uns damit einverstanden, dass die für die Bearbeitung des Antrages erforderlichen Sachverhalte bei den zuständigen Stellen überprüft, elektronisch erfasst, bearbeitet und gespeichert werden.

X _____

Ort, Datum und rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers / der Antragstellerin (Betriebsinhaber/in)